

Berlin aktuell

von Ingbert Liebing



Liebe Parteifreunde,
liebe Leserinnen und Leser,

die Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt waren enttäuschend und auch erschreckend. Der Einzug der AfD in alle drei Landesparlamente mit zweistelligem Ergebnis ist ein Alarmsignal für uns alle. Ich halte die AfD für eine populistische Partei, die in der Bevölkerung Ängste schürt, weil sie sich davon politischen Profit verspricht. Mein Ziel und das Ziel der CDU ist das Gegenteil: Wir möchten den Menschen die Sorgen nehmen und ihnen die Sicherheit geben, dass sie in Sicherheit leben können. Die Wahlergebnisse sind Zeichen von Verunsicherung. Die Flüchtlingskrise hat sicherlich einen entscheidenden Anteil daran, aber es gibt auch andere Themen, die zu Verunsicherung führen. Immerhin: Die Flüchtlingszahlen sind deutlich zurückgegangen. Unsere Politik einer Lösung an den europäischen Außengrenzen und mit der Türkei beginnt Wirkungen zu erzielen. Nun geht es darum, die praktischen Probleme der Integration lösen.

In diesem Jahr stehen wichtige energiepolitische Entscheidungen auf der Tagesordnung. Für uns ist vor allem das EEG mit der geplanten Einführung von Ausschreibungen statt gesetzlicher Einspeisevergütungen wichtig. Die Pläne haben für viel Verunsicherung in der Branche gesorgt. Die Akteursvielfalt und Bürgerwindparks dürfen nicht gefährdet werden. Dafür werde ich mich auch weiterhin einsetzen, da diese auch für die Akzeptanz von Erneuerbaren Energien von großer Bedeutung in Nordfriesland und Dithmarschen Nord sind.

Am 16. März wurde in einer Sondersitzung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur der Bundesverkehrswegeplan 2016-2030 vorgestellt. Dieser stellt ein entscheidendes Signal für Investitionen in die schleswig-holsteinische Verkehrsinfrastruktur in den kommenden Jahrzehnten dar. Wichtige Infrastrukturprojekte wie beispielsweise der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals, der Ausbau A21 und der A23 werden sichergestellt. Auch der lang ersehnte Ausbau

der B5 zwischen Hattstedt und Bredstedt wurde aufgenommen. Offene Punkte sind für mich noch die Ortsumgehung für Tating und der zweigleisige Ausbau Niebüll – Klanxbüll.

Ein anderes aktuelles Bahnprojekt im Wahlkreis betrifft die Bahnverbindung Niebüll-Sylt. Die Deutsche Bahn (DB) und das amerikanische Autozugunternehmen Railroad Development Corporation Germany (RDC) streiten weiterhin um Belegungszeiten der Trassen. RDC nennt aber immer noch kein Datum für den Start. Pendler und Touristen müssen also nach wie vor mit Verspätungen rechnen, der Bahnsinn geht weiter. Ich führe viele Gespräche, weil wir diese Zustände durch Änderungen im Rechtsrahmen beenden müssen.

Abschließend möchte ich noch die Gelegenheit nutzen, mich für das fantastische Ergebnis von 100% meiner Wahlkreisnominierung für die Landtagswahl im kommenden Mai und dem damit verbundenen Vertrauensbeweis zu bedanken. Ich freue mich auf diese neue Herausforderung und darauf, mich in Zukunft noch stärker für die Interessen Schleswig-Holsteins aus dem Land heraus einzusetzen.

Liebe Leserinnen und Leser,

ich wünsche Ihnen und Ihren Familien einen schönen Frühling!

Ihr

EEG: Weichenstellung mit viel Diskussionsbedarf

Um die Energiewende zum Erfolg zu führen, stehen zurzeit wichtige Gesetzgebungsvorhaben auf der Tagesordnung, denn manches ist aus dem Lot geraten. Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und der ökologische Anspruch des Klimaschutzes müssen wieder besser aufeinander abgestimmt werden.

Derzeit wird das Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) novelliert, das unter den Bundesressorts und mit den Ländern abgestimmt wird. Im neuen Gesetz sollen die Vergütungen für regenerativen Strom nicht mehr in Form von Einspeisetarifen festgesetzt, sondern durch ein wettbewerbliches Ausschreibungsverfahren ermittelt werden. Durch einen vorgeschriebenen Korridor soll der Ausbau der erneuerbaren Energien besser eingehalten und mit dem Ausschreibungsverfahren kosteneffizient erreicht werden, so der Plan des Ministeriums für Wirtschaft und Energie in seinem Referentenentwurf. Darin wird für eine Synchronisierung des Netzausbaus und für Planungssicherheit bei den Akteuren geworben. Allerdings besteht noch sehr großer Diskussionsbedarf zu vielen vorgeschlagenen Änderungen. Sollte es nach dem Bundeswirtschaftsministerium mit Sigmar Gabriel an der Spitze gehen, endet das Gesetzgebungsverfahren bereits im Sommer. Der Beginn der Ausschreibungen ist für Ende 2016/Anfang 2017 geplant.

Im vorliegenden Referentenentwurf sind aber auch Ausnahmen für die geplanten Ausschreibungen vorgesehen; Anlagen bis zu einer installierten Leistung von 1 Megawatt (MW) sollen von den Ausschreibungen ausgenommen werden und nach dem bisherigen System vergütet werden. Außerdem sind Technologien wie Wasserkraft, Geothermie, Deponiegas Klärgas- und Grubengasanlagen von den Ausschreibungen ausgenommen.

Strittig ist der Ausbaukorridor von bisher 2.500 MW (netto) für die Windenergie an Land, der durch den Entwurf des BMWi&E auf einen Mindestwert von 2.000 MW (Brutto) gesenkt werden soll – für einen kontinuierlichen Ausbau unter Berücksichtigung von Repowering ein zu geringer Wert.

Im Solarbereich werden bereits seit Anfang 2015 Pilot-Ausschreibungen für Freiflächenanlagen durchgeführt. Diese soll mit dem EEG 2016 auch

für PV-Anlagen auf Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen mit einer Leistung über 1 Megawatt (MW) gelten.

Der Referentenentwurf des BMWi sieht außerdem für bestehende Bioenergieanlagen eine Anschlussförderung vor. Die Förderung wird ab 2020 schrittweise auslaufen und fast alle Anlagen dürften aus wirtschaftlichen Gründen nicht weiter betrieben werden. Mit Ausschreibungen für eine Anschlussförderung könnte der Weiterbetrieb für die kostengünstigsten und effizientesten Bestandsanlagen bewirkt werden.

Ein für mich sehr wichtiger Punkt ist die Wahrung der Akteursvielfalt. In keinem Bundesland ist das Modell der Bürgerwindparks so erfolgreich wie in Schleswig-Holstein. Sie müssen auch in Zukunft möglich bleiben.



Auch eine Modifizierung des sogenannten Referenzertragsmodells, wie im Referentenentwurf vorgeschlagen, lehne ich ab. Wirtschaftsminister Gabriel will eine höhere Vergütung für weniger windhöfliche Gebiete durchsetzen. Damit wird das Ziel von Ausschreibungen, zu kostengünstigeren Lösungen zu kommen, konterkariert. Ich werde alles tun, um diese Ungerechtigkeit zu verhindern.

Die Vielfalt und Vielzahl an gesellschaftlichen Gestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten sind bislang Garant dafür, dass eine breite Bevölkerungsmehrheit den Transformationsprozess unseres Energieversorgungssystems unterstützt und vorantreibt. Auf keinen Fall darf die Akzeptanz der Energiewende in der Gesellschaft verloren gehen. Und zur Akzeptanz gehört die Bürgerenergie, die auf jeden Fall zum Zuge kommen muss bei den geplanten Ausschreibungsverfahren. Ebenso muss die wettbewerbliche Ermittlung

Ermittlung der Vergütungssätze tatsächlich zu den erhofften Kosteneinsparungen führen.

Um die Energiewende zum Erfolg zu bringen, brauchen wir nicht nur genügend Erzeugungskapazitäten, sondern auch Netze und Speicher, damit zu jeder Zeit genügend Strom bei den Verbrauchern ankommt. Aber der Netzausbau kommt nur schwer voran. Auch die Entwicklung der Speichertechnologien muss stärker vorange-

trieben werden und eine größere Berücksichtigung finden. Die Energiewende stellt eine gewaltige Herausforderung dar: Es geht um den Umbau des gesamten Energiesystems, nicht nur darum, so schnell wie möglich so viel wie möglich Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Und dies ist eine Generationenaufgabe, die wir klug und mit Augenmaß meistern wollen.

Unterwegs im Wahlkreis

Ein „hidden Champion“ in Husum

Umgeben von einem durchweg ländlichen Umfeld, verbergen sich auch in unserer Region eine Reihe von industriellen Unternehmen. Einen wahren „hidden Champion“ stellt dabei die Firma FTCAP Fischer & Tausche Capacitors in Husum dar, die ich im Rahmen meines Wahlkreisprogramms besucht habe. Spezialisiert auf die Produktion von Kondensatoren für den internationalen Markt, bieten die beiden Geschäftsführer André Tausche und Dr. Thomas Ebel ihren Kunden ein maßgeschneidertes Angebot.



Ohne einen Kondensator dreht sich kein Elektromotor. Beeindruckend ist die Kundenpalette des mittelständischen Unternehmens, sie reicht von der Firma Philips über Nordex bis hin zu Auto-

Automobilherstellern. Die zu einem Gutteil auf Handarbeit basierende Produktion erlaubt es dem Unternehmen, mit seinen rund 150 Mitarbeitern, ganz individuell auf die Wünsche seiner Kunden einzugehen. Genau das sieht die Geschäftsführung als Stärke und Rezept zum Erfolg. Auf diese Weise verbinden sich eine über sechzigjährige Unternehmenstradition mit wegweisenden Innovationen und sichern gleichzeitig die Standorttreue der Firma in Husum.

Parlamentarisches-Patenschafts-Programm

Ende Januar durfte ich im Rahmen des Parlamentarischen-Patenschafts-Programms des Deutschen Bundestages und des Amerikanischen Kongresses die amerikanische Austauschschülerin Caroline Beuparant treffen und kennenlernen. Es war mir eine besondere Freude sie gemeinsam mit ihrer deutschen Gastfamilie, Karina und Helge Petersen aus Ahrenshöft, im Wahlkreisbüro Nordfriesland zu begrüßen.



Ich unterstütze dieses Austauschprogramm bereits seit über zehn Jahren und übernehme regelmäßig die Patenschaft für die amerikanischen Austauschschüler. Die besondere Erfahrung ein Jahr mit einem Jugendlichen aus einem anderen Land zu verbringen, sehe ich als eine unglaubliche Bereicherung für das Familienleben und nicht zuletzt als Beitrag zur Stärkung der interkulturellen Verständigung.

Antrittsbesuch bei der IHK

Mir liegt die heimische Wirtschaft als Motor und Impulsgeber der Region in ganz besonderer Weise am Herzen. Es ist für mich daher auch eine Selbstverständlichkeit einen guten Kontakt zur IHK Flensburg und insbesondere zu den Geschäftsstellen Husum und Heide zu halten. Einen willkommenen Anlass für einen Besuch bot kürzlich der Amtsantritt von Gregor Stein als neuer Leiter der Geschäftsstelle in Husum.



Die IHK leistet einen entscheidenden Beitrag, wenn es darum geht die hiesige Wirtschaft zu fördern oder aber, ganz aktuell, Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Mit einem umfassenden Angebot an Informationsveranstaltungen und Beratung in Hinblick auf die rechtlichen Voraussetzungen, steht die IHK den Betrieben als

zuverlässiger Partner zur Seite. Ein elementares Instrumentarium und gleichzeitig der erste Schritt in den Arbeitsmarkt ist z.B. ein maximal dreimonatiges, vom Mindestlohn befreites, Orientierungspraktikum. Ich setze mich dafür ein, diese Möglichkeit auf sechs Monate zu verlängern.

Wahlkreistag in Dithmarschen

Im Rahmen eines Wahlkreistages in Dithmarschen besuchte ich das Unternehmen von Holger Bartels in Nordhastedt. Der mittelständische Zimmereibetrieb mit rund 15 Mitarbeitern bietet eine breite Dienstleistungspalette an. Im Jahr 2015 hat sich Holger Bartels mit mehreren anderen holzverarbeitenden Betrieben zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen und ein Modellhaus für die kommunale Unterbringung von Flüchtlingen entwickelt. Insgesamt können je Hauseinheit 24 Flüchtlinge untergebracht werden. Von Anfang an ist bereits an eine Nachnutzung gedacht worden, so können durch Herausnahme von Wänden Wohnungen für Familien bzw. Schlichtwohnungen entstehen. Für Holger Bartels und seine Mitstreiter gilt es nun dieses vom Bundesbauministerium als geeignet und förderfähig zertifizierte Modell den Kommunen nahe zu bringen.



Eine weitere Besuchsstation war die Abfallwirtschaftsgesellschaft Dithmarschen (AWD) und die Kompost-, Bauschutt-, Altstoffaufbereitungs- und Verwertungs GmbH & Co. KG (KBA). Dort informierte ich mich beim Geschäftsführer der AWD, Dirk Sopha, und dem Geschäftsführer der KBA,

Herrn Masch, über die Nachhaltigkeitsinitiative „ALADIN“. Es handelt sich dabei um einen außerschulischen Lernort, welcher den Besuchern praxisnah und anschaulich die Abläufe der Kreislaufwirtschaft vermitteln soll. Bei den Besuchern handelt es sich überwiegend um Schulklassen, welchen vielerlei Möglichkeiten geboten werden aktiv mitzumachen. Das Ziel von ALADIN ist die Motivation der Besucher zu einem anschließenden umweltgerechten und verantwortungsvollen Handeln. Als eines von nur sehr wenigen Projekten in Schleswig-Holstein, wurde ALADIN im Rahmen des Wettbewerbs „Werkstatt N“ vom Nachhaltigkeitsrat der Bundesregierung ausgezeichnet und soll auch andernorts zum Nachahmen animieren.



Gespräch zum Verbot des Kitesurfens im Nationalpark Wattenmeer

Unsere überwiegend touristisch geprägte Region zeichnet sich für mich auch durch den Wassersport aus. Wo, wenn nicht hier, bei uns an der schleswig-holsteinischen Nordseeküste, könnte

man Wassersport besser ausüben. Und dazu gehören seit vielen Jahren auch die bunten Drachen der Kitesurfer, die über dem Meer schweben.

Wie so oft, findet jedoch die Schleswig-Holsteinische Landesregierung auch hier noch eine Möglichkeit, die Menschen einzuschränken und möchte die derzeitige Erlaubnisregelung zu einem generellen Verbot des Befahrens der Küstengewässer umwandeln. In noch auszuweisen-



den Zonen soll sodann das Kitesurfen wiederum erlaubt werden. Nachdem die Kitesurfverbände sich dagegen auflehnten, suchte Landesumweltminister Robert Habeck schleunigst das Gespräch und verkündete, was monatelang bereits zwischen Vertretern des Landes Schleswig-Holstein und den betroffenen Gemeinden ausgehandelt worden war. Das Gros der Surfspots soll erhalten bleiben, nur einige Bereiche stehen noch zur Debatte, aber man sei in gutem Dialog. Doch ist es wirklich so? Wurden die Surfspots zur Zufriedenheit Aller ausgehandelt, oder besteht noch weiterer Regelungsbedarf? Das habe ich gemeinsam mit Klaus Jensen, MdL und den Vertretern der Kitesurfverbände, des Tourismus sowie den betroffenen Gemeinden in einem gemeinsamen Gespräch erörtert. Kritisch angemerkt wurde von den Kitemern jedoch, dass offenbar die Bereiche, welche keinem besonderen touristischen Interesse entsprechen, sich aber zum Kiten dennoch gut eignen, für die Ausnahmeregelungen gar nicht vorgesehen seien. Zumindest seien mit den Gemeinden von Seiten des Nationalparkamtes noch keine Gespräche avisiert worden. Notwendig bleibt ein vernünftiger Interessenausgleich mit Augenmaß – statt unnötiger Überregulierung.

Besuch bei der iTerra GmbH in Niebüll

Ende Februar habe ich gemeinsam mit dem Ortsvorsitzenden der CDU Niebüll, Andreas Kusserow und dem Fraktionsvorsitzenden der CDU-Stadtfraktion Bernd Neumann, die iTerra GmbH in Niebüll besucht. Diese arbeitet seit 15 Jahren als Dienstleistungsunternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien. Zusammen mit der Christian Albrecht Universität zu Kiel (CAU) und der Nordgröön Energie GmbH & Co.KG entwickelt iTerra ein Konzept zur gebündelten Kommunikation, das Energie-Daten-Management 4.0 (EDM 4.0). Dieses soll sodann die Börsenkurse für Rohölpreise ebenso enthalten wie die Daten, die einzelne Windenergieanlagen oder Biogasanlagen ausgeben. Für diese Kommunikations-Pipeline gibt schon Sponsoren, aber die Firma benötigt jedoch in Zukunft politische Unterstützung, um überregional bestehen zu können. Eine hoch innovative Konzeption, deren weiteres Entwicklung ich mit Interesse verfolgen und gerne auch unterstützen werde.

Neuer Bundesverkehrswegeplan

Das Bundesverkehrsministerium stellte im März den Entwurf für den neuen Bundesverkehrswegeplan vor. Die zentralen Verkehrsprojekte für die Zukunft Schleswig-Holsteins sind bei der Bundesregierung zwar in guter Hand, aber über die Anbindung der Westküste wird noch zu reden sein. Im Plan enthalten und damit finanziell abgesichert sind in jedem Fall der Weiterbau der A20 mit westlicher Elbquerung, die Fehmarn-Belt-Querung, der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals, die A21 und der Ausbau von A7 und A23 sowie der Ausbau der B5 mit den Ortsumgehungen nördlich von Husum. Insgesamt ärgerlich ist jedoch die Position zur Westküste. Die Elektrifizierung und der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke zwischen Niebüll und Klanxbüll sowie die Ortsumgehung für Tating im Zuge der

B202 bleiben aber unberücksichtigt. Die Elektrifizierung der Strecke Itzehoe – Sylt fällt, da sie weit überwiegend vom Regionalverkehr genutzt wird, in die Zuständigkeit des Landes. Die Landesregierung von Herrn Albig hat sich aber bisher erkennbar nicht um dieses Thema gekümmert. Eine funktionsfähige und gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur ist aber die Grundvoraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit der Westküste. Ginge es nach dem Bund, so wäre die B5 längst ausgebaut, hierfür muss die Landesregierung jedoch Bau-recht schaffen.



Kontakt Ingbert Liebing | Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ (030) 227 - 77 142

☎ (030) 227 - 76 142

✉ ingbert.liebing@bundestag.de

Wahlkreisbüro Nordfriesland

Heckenweg 1
25813 Husum

☎ (04841) 90553-15

☎ (04841) 90553-29

✉ ingbert.liebing.ma05@bundestag.de

Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord

Hamburger Str. 7
25746 Heide

☎ (0481) 34 06

☎ (0481) 53 82

✉ service@cdu-dithmarschen.de